Presseinformation

15. Februar 2008

Bilanz 2007 der ARGE Wohnungssicherung NÖ

Schabl: Immer mehr Menschen droht der Verlust der Wohnung

„Die Zahl der Menschen, denen der Verlust der Wohnung droht, steigt derzeit eklatant", sagte heute Freitag, 15. Februar, Landesrat Emil Schabl in St. Pölten bei der Präsentation der Bilanz der ARGE Wohnungssicherung NÖ für das Jahr 2007.

Immer mehr Menschen seien von Armut und damit auch dem Verlust der Wohnung bedroht, erklärte Schabl. Gerade in dieser Situation sei Hilfe besonders notwendig. Das Referat Sozialhilfe des Amtes der NÖ Landesregierung habe im Jahr 2007 insgesamt 270.539,67 Euro als einmalige Beihilfen aufgewendet und dadurch 229 Haushalte unterstützt. 16.098,89 Euro hätte man als Darlehen vergeben. Auch würden im Auftrag der NÖ Landesregierung fünf soziale Organisationen in Niederösterreich Beratungsstellen für Wohnungssicherung anbieten: die BEWOK („Beratung gegen Wohnungsverlust"; 02732/796 49), die Caritas der Diözese St. Pölten (07472/233 99-29), die „Caritas Wohnungslosenhilfe" der Erzdiözese Wien (02262/732 85), der Verein „Betreuung Orientierung" (02622/253 00) und der Verein „Wohnen" (02742/35 59 34). Hauptaufgabe der fünf Organisationen, die gemeinsam die „ARGE Wohnungssicherung NÖ" bilden, sei, jene MieterInnen zu unterstützen, denen der Verlust der Wohnung drohe. Gemeinsam mit den Betroffenen werde versucht, die jeweilige Wohnung zu sichern und die soziale Lage langfristig zu stabilisieren. Dies hänge, so Schabl, bei jedem Betroffenen aber auch von der persönlichen Bereitschaft und von den ökonomischen Bedingungen ab.

An die fünf Beratungsstellen wurden 2007 insgesamt 2.202 Anliegen gestellt. In 569 Fällen wurden die Probleme, die zum bevorstehenden Verlust der Wohnung führten, gelöst und die Wohnungen damit gesichert. In 171 Fällen war der Erhalt der Wohnung nicht möglich, die drohende Obdachlosigkeit konnte aber durch eine andere Unterkunft abgewendet werden.

Bei 256 Betreuungsfällen betrage die Höhe des Haushaltseinkommens bis zu 700 Euro, bei 238 Fällen bis zu 1.000 Euro und bei 209 Fällen bis zu 1.500 Euro pro Monat, erklärte Schabl weiter. Wenn man bei den Nahrungsmitteln die derzeitige Inflationsrate berücksichtige, genüge es meist schon, dass man etwa den Arbeitsplatz verliere, um sofort in Schwierigkeiten zu kommen. „Die

E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Mindestsicherung ist hier das Gebot der Stunde." Auch müsse das Grundrecht auf Wohnungen erhalten bleiben, so Schabl.

E-Mail: presse@noel.gv.at